



OAW

Österreichische Akademie
der Wissenschaften



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

März 2007

Open Access

**Privatsphäre
und Sicherheit**

**Post-genomisches
Zeitalter**

**Impact Assessment
für EU-Rechtssetzung**

N

E

W

S LETTER

Editorial

Werte Leserinnen und Leser!

Ende 2006 ist eines unserer großen Projekte im GENAU-Programm abgeschlossen worden. Unter dem Kürzel „Das Post-genomische Zeitalter“ ging es um die Auswirkungen der zunehmend komplexen Debatte innerhalb der Genforschung auf deren öffentliche Wahrnehmung und Diskussion. Unser derzeit größtes EU-Projekt (PRISE) läuft bereits ein Jahr. Der Beitrag berichtet über einen Workshop im Rahmen dieses internationalen Forschungsvorhabens, in dessen Fokus die Vereinbarkeit von Sicherheitstechnologien mit dem Schutz der Privatsphäre steht. ITA-MitarbeiterInnen trugen in den letzten Wochen aktiv zu ein paar aufsehenerregenden Veranstaltungen bei. Deren Themenpalette reichte vom offenen Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen, über neue Formen des Impact Assessment für Rechtsvorschriften bis zu Nachhaltigkeit und Gemeinwohl als Thema der amerikanischen Wissenschaftscommunity.

Apropos Veranstaltungen: Ich möchte Sie an dieser Stelle auf unseren prall gefüllten Veranstaltungskalender der nächsten Monate hinweisen. Wir erwarten einige interessante Vortragende in unserem monatlichen ITA-Seminar und sehen zwei Events mit Spannung entgegen: der diesjährigen TA-Konferenz Anfang Juni zum Thema Inter- und Transdisziplinarität sowie einem Workshop zum Thema Risikogovernance der Nanotechnologie Ende September. Sie sind herzlich eingeladen!

Eine für das ITA wichtige Entwicklung könnten aufmerksame LeserInnen nur auf der letzten Seite bemerken: Das ITA-Team ist wieder größer geworden. Nach zwei internationalen Ausschreibungen arbeitet seit 1. Februar die Biologin Karen Kastenhofer im Arbeitsbereich Governance von Wissen mit und per 1. März verstärken die Ökologin Ulrike Bechtold und der Soziologe Michael Ornetzeder den Arbeitsbereich Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit. Eine weitere Stelle für eine Ökonomin/einen Ökonomen ist derzeit noch ausgeschrieben. Falls es zu dem – in den Medien vom BMVIT bereits angekündigten, aber vertraglich noch nicht gesicherten – Projekt zur Nanotechnologie kommen sollte, wird das Institut im Laufe des Frühlings noch weitere KollegInnen begrüßen dürfen.

Michael Nentwich

Inhalt

ITA-Projekte

Privatsphäre und Sicherheit – Ein Kurzbericht vom ersten PRISE-Workshop	2
Wissensbasis Urheberrecht wächst weiter	3
Framing – ein nützliches Konzept für die Analyse von Technikkonflikten	3
POCO – Wie wird die Komplexität in der Genomforschung vermittelt?	5
Technische Ausbildung zwischen lokalem Engagement und globaler Verantwortung	6

TA-aktuell

Open Access auf dem Vormarsch	6
Science and Technology for Sustainable Well-Being 2007 AAAS Annual Meeting, 15.-19.2.2007, San Francisco	8
Forcierte Nutzerorientierung für e-Government auf EU-Ebene?	9
Folgenabschätzung für Rechtsvorschriften	10
Was kann und darf die Genforschung in der Medizin?	11

Publikationen der letzten 3 Monate

ITA-Veranstaltungen

Kontakt

Impressum

Privatsphäre und Sicherheit – Ein Kurzbericht vom ersten PRISE-Workshop

Am 29. Jänner 2007 fand in Kopenhagen ein internationaler Workshop im Rahmen des vom ITA koordinierten EU-Projekts PRISE statt. Das Hauptziel dieses Projekts ist es, Kriterien für grundrechtskonforme und privatsphärenfördernde Sicherheitstechnologien zu entwickeln. Im Workshop diskutierten VertreterInnen der Sicherheitsindustrie, von Ermittlungsbehörden, AnwenderInnen, Wissenschaft, Datenschutzbehörden und Menschenrechtsorganisationen gemeinsam mit dem Projektteam bestehende Konflikte und Möglichkeiten, diese zu überwinden.

Von Seiten der Sicherheitsindustrie wurde die Notwendigkeit betont, auf eine Vielzahl von Daten zugreifen zu können, um die sprichwörtliche „Nadel im Heuhaufen“ finden zu können. Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre müssten zudem so gestaltet sein, dass der Zugriff auf die Daten im Notfall ohne Verzögerungen erfolgen kann. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass keine unberechtigten Zugriffe erfolgen beziehungsweise diese nachträglich aufgedeckt werden können.

Die Notwendigkeit, riesige Datenmengen zu verknüpfen und zu analysieren, wurde von einer Reihe von TeilnehmerInnen in Frage gestellt. Insbesondere wurde auf die Gefahr von Fehlalarmen mit möglicherweise fatalen Folgen hingewiesen. Es wurde empfohlen, sich mit den Gestaltungsmöglichkeiten und den Konsequenzen dieser Art des Data Mining im Detail auseinander zu setzen. Dabei sollte auch der Frage nachgegangen werden, ob durch Verschlüsselung und Anonymisierung ein privatsphärenkonformer Einsatz dieser Technologie möglich ist.

Aus der Sicht der teilnehmenden VertreterInnen von Ermittlungsbehörden ist der Schutz der Privatsphäre kein grundsätzliches Hindernis zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Gleichzeitig wurde aber betont, dass durch die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in Kernbereiche der Privatsphäre eingedrungen wird. Unter dem Druck von Terroranschlägen können politische Systeme versucht

sein, zu wenig Augenmerk auf den Schutz von Bürgerrechten zu legen. Es wurde davor gewarnt, die Gesellschaft unter generellen Verdacht und Überwachung zu stellen. Man wird sich daran gewöhnen müssen, mit einem gewissen Risiko terroristischer Anschläge zu leben. Weiters wurde daran erinnert, dass mit der Aufgabe von Grundrechten ein primäres Ziel des Terrorismus erfüllt wird.

Um privatsphärenfördernde Sicherheitstechnologien entwickeln zu können, müssen für die Industrie klare Vorgaben entwickelt werden. Der finanzielle Sektor könnte als Beispiel dienen, da hier die gleichzeitige Wahrung von Datenschutz und Sicherheit seit jeher Voraussetzungen sind, „um im Geschäft bleiben zu können“. Für die Sicherheitsindustrie könnte die öffentliche Beschaffung wichtige Anreize zur Entwicklung von privatsphärenkonformen Lösungen sein.

VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und Datenschutzinteressen betonten einerseits den Druck auf angepasstes und unverdächtigtes Verhalten, der mit einer zunehmenden Verbreitung von Überwachungstechnologien einhergeht. Damit werden nicht nur die Möglichkeiten eingeengt, Fehler zu machen und aus ihnen zu lernen, sondern auch die menschliche Autonomie und Würde insgesamt eingeschränkt.

Andererseits wurde hervorgehoben, dass ein Gegensatz zwischen Privatsphäre und Sicherheit nur für Pseudosicherheitsmaßnahmen gilt. Hier wurden insbesondere die Bestrebungen kritisiert, riesige Datenbestände miteinander zu verknüpfen, um mögliche TerroristInnen zu identifizieren. Angesichts der Seltenheit dieser Ereignisse und der Unmöglichkeit, exakte Profile von TerroristInnen zu bieten, wird erwartet, dass diese Systeme aufgrund der vielen Fehlalarme nutzlos sein werden und dem Verlust der Privatsphäre kein Gewinn an Sicherheit gegenübersteht.

Insgesamt wurde das PRISE-Projekt als sehr wichtige Initiative angesehen, um die Probleme der privatsphärengefährdeten Nutzung von Sicherheitstechnologien anzusprechen und Lösungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene zu

entwickeln. Viele der TeilnehmerInnen stellten die Idee eines grundsätzlichen Gegensatzes von Privatsphäre und Sicherheit in Frage und betonten, dass die Wahrung der Privatsphäre ein gleichwertiges Sicherheitsinteresse darstellt, indem sie das Individuum vor staatlicher Übermacht und Eingriffen schützt.

Weitere Informationen zum Projekt und eine ausführlichere Dokumentation des Workshops sind über die Projekthomepage abrufbar; prise.oeaw.ac.at.

Johann Čas

Wissensbasis Urheberrecht wächst weiter

Urheberrechtliches Wissen wird in Zeiten der digitalen Publikationen immer wichtiger, zugleich aber wegen des über nationale Grenzen weit hinaus reichenden Internets immer undurchschaubarer. Hier soll die Wissensbasis Urheberrecht Abhilfe schaffen.

Im Rahmen eines ursprünglich vom WWTF finanzierten zweijährigen Projekts (siehe ITA-Newsletter März 2006, S. 7) wurde die so genannte Knowledge Base Copyright Law entwickelt. Diese Online-Datenbank ermöglicht es auf einfache Weise Antworten auf typische urheberrechtliche Fragen zu erhalten. Der Clou dabei ist, dass die Antworten für mehrere Rechtssysteme gegeben werden, denn das Urheberrecht ist trotz europa- und weltweiten Harmonisierungsbestrebungen bei weitem nicht überall gleich. So kann man je nach dem, wo das Problem auftaucht, die entsprechende Antwort bekommen. Weiters wird die Antwort sowohl in einer kurzen, leicht verständlichen Fassung gegeben als auch in einer juristisch ausgefeilten Variante, mit Fußnoten, Dokumentation und allem, was dazu gehört.

Die Nützlichkeit einer solchen Wissensbasis steht und fällt freilich damit, ob die NutzerInnen die sie interessierenden Fragen darin beantwortet finden. Im oben genannten Projekt konnte im wesentlichen der Nachweis erbracht werden, dass die relationale Datenbank funktioniert und nützlich sein kann, jedoch konnten mit den damals zur Verfügung stehenden Ressourcen nur relativ wenige Antworten für wenige Fragen in nur zwei Sprachen und nur für drei Länder ausgearbeitet werden. Ein Antrag beim FWF im Programm „Translational Research“ war jüngst erfolgreich. Damit kann ein auf zwei Jahre ausgelegtes Folgeprojekt gestartet werden, in dem nun vor allem Content produziert werden wird: Ein Team aus bis zu fünf JuristInnen an der Abteilung für Informationsrecht der WU Wien wird ab März 2007 Antworten für Deutschland, Österreich, die USA, Frankreich und voraussichtlich ein osteuropäisches Land erarbeiten.

kb-law.info/kbc/kbc.php

Michael Nentwich

Framing – ein nützliches Konzept für die Analyse von Technikkonflikten

Neue technologische Errungenschaften werden von der Öffentlichkeit zuweilen völlig unterschiedlich wahrgenommen. Dies ist nicht in einem „Wesen“ der Technik begründet. Ob eine Gesellschaft Technologien problematisiert und wie sie dies tut, liegt an kulturell geprägten Wahr-

nehmungsformen und Interpretationsmustern. Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, sind verschiedene Begriffe geprägt worden. Eines der bekannteren Konzepte ist das des „Rahmens“ oder „Framings“.

Das Konzept der „Frames“ ist zunächst im Bereich der Psychologie entstanden. Vom kanadischen Soziologen Erving Goffman für die Analyse von Alltagsinteraktionen weiterentwickelt, ist der Begriff des Framing mittlerweile in einer ganzen Reihe anderer Disziplinen heimisch geworden. In der Politikwissenschaft ist „Framing“ insbesondere für die Analyse von festgefahrenen Policy-Konflikten (z. B. um die Entwicklungspolitik) fruchtbar geworden. Erst die Reflexion der eigenen Position zugrunde liegenden Frames machte Verständigung möglich – weil erst darüber deutlich wurde, in welchen „Welten“ die Konfliktpartner leben. Die Kommunikationswissenschaften beziehen sich auf Frames, um mediale Darstellungsinhalte zu systematisieren und deren Wirkung auf die RezipientInnen abzuschätzen.

Auch für die Technikforschung – und hier insbesondere für die Untersuchung von Technikkonflikten – ist der Nutzen dieses Konzepts erheblich. Es sensibilisiert dafür, dass eine Technologie nicht die Art und Weise ihrer Infragestellung oder Problematisierung bestimmt. Biomedizinische Innovationen wie das Klonen oder die Stammzellforschung werden nicht aus sich heraus als gut oder schlecht bewertet. Sie fallen sozusagen nicht in einen leeren Raum, sondern treffen auf bestehende Werthaltungen und bereits existierende Diskurse (z. B. ethische). Frames sind also im weitesten Sinn jene diskursiven Strukturen, die zwischen einem Phänomen oder einer Situation und deren Wahrnehmung durch Einzelne oder die Öffentlichkeit vermitteln.

Für die Technikforschung verspricht das Frame-Konzept vor allem in der Untersuchung jener Technologien Erkenntnisgewinn, deren Chancen und Risiken auch durch ein „Mehr“ an Wissen nicht eindeutig abgewogen werden können und wo Dissens unüberwindlich bleibt. Der

Frame, in dem eine bestimmte Technologie diskutiert wird, beeinflusst nicht nur die öffentliche Wahrnehmung, sondern unter anderem auch, wer im Diskurs wie zu Wort kommen kann. Nanotechnologie kann etwa in einem moralischen oder wirtschaftlichen Frame verhandelt werden, was unterschiedliche Diskursverläufe zur Folge hat.

Die Breite des Konzepts ermöglicht die gemeinsame Arbeit über disziplinäre Grenzen hinweg. So können z. B. aus dem Forschungsbereich „soziale Bewegungen“ stammende Überlegungen zum Framing für die Technikforschung dort von Interesse sein, wo es um Fragen des Vortreibens oder Verhinderns bestimmter technologischer Entwicklungen geht. Die Frame-Theorie kann Aufschluss geben über Muster, in denen bestimmte Technologieaspekte präsentiert werden.

In diesem interdisziplinären Anwendungsfeld war es vor allem auch die Kommunikationswissenschaft, die den Frame-Begriff weiterentwickelte. Der Schweizer Medienwissenschaftler Urs Dahinden (Universität Zürich) publizierte erst im letzten Jahr eine Monographie, in der er sich dem Janus-Gesicht der weitläufigen Anwendbarkeit sowie dem Wildwuchs verschiedener Definitionen des Frame-Begriffs stellt.

Anfang März war Urs Dahinden am ITA zu Gast. Im Rahmen der öffentlichen Seminare präsentierte er seinen eigenen Frame-Ansatz, der wichtige Ansätze unterschiedlicher Traditionen synthetisiert und empirisch fruchtbar macht für die Analyse von Mediendiskursen (z. B. um die Gentechnik). Die lebhafteste Diskussion im Anschluss an seinen Vortrag machte deutlich, dass das Analysetool „Frame“ für die Wissenschafts- und Technikforschung manch vielversprechendes Potenzial enthält.

Alexander Degelsegger

POCO – Wie wird die Komplexität in der Genomforschung vermittelt?

Die rasanten Fortschritte in der Genomforschung der letzten Jahre haben nicht nur Erwartungen über die Zahl der menschlichen Gene revidiert, sondern auch etablierte Konzepte in Frage gestellt. Das jüngst abgeschlossene Projekt „POCO“ analysierte die Konsequenzen.

So erwiesen sich etwa die Vielfältigkeit dessen, was als „Gen“ zu gelten hat, neu entdeckte Mechanismen der Genregulierung und damit das Verhältnis von Genotyp und Phänotyp als komplexer als vielfach angenommen – für viele Fachleute nicht unerwartet, für andere überraschend und für eine Nicht-Fachöffentlichkeit eher verwirrend. Es stellt sich also die Frage, ob und wie diese konzeptuellen Neuerungen außerhalb der Naturwissenschaften wahrgenommen und interpretiert werden. Dabei geht es nicht so sehr darum, ob dies „richtig“ geschieht, ob also das Wissen um neue Erkenntnisse in der Biologie sozusagen unverzerrt und umfassend transportiert wird. Vielmehr stellte sich das Projekt POCO die Aufgabe, Einsichten über die Art und Weise zu gewinnen, wie in den Naturwissenschaften, aber auch in den Sozialwissenschaften und schließlich in jenen Teilen der Öffentlichkeit, die mit Ergebnissen der Genomforschung in irgend einer Weise befasst sind (etwa Lehrerinnen, ÄrztInnen, JournalistInnen, NGO-VertreterInnen) mit dieser neuen Sichtweise umgegangen wird und wie sich dieser Umgang möglicherweise in allfälligen Regulierungsdebatten niederschlägt. Außerdem wollten wir wissen, welche Strategien das Alltagsverständnis von Laien anwendet, um mit genbiologischen Fragen umzugehen, und welche Informationen dabei als wesentlich angesehen werden.

In einem interdisziplinären, vom Programm GEN-AU/ELSA des BMBWK geförderten Projekt arbeitete das ITA drei Jahre lang mit ForscherInnen der Universitäten Linz und Wien sowie mit dem Verein dialog<>gentechnik zusammen; der Endbericht wurde kürzlich erstellt.

Aus den zahlreichen Befunden ergibt sich ein Bild zunehmender Diskrepanz: Während in den Naturwissenschaften durch die Genomforschung z. B. der Genbegriff eine Transformation hin zu einer stärker am Phänotyp orientierten Definition erlebte, ist das Verständnis des Gens als DNA-Stück, das eine bestimmte Eigenschaft eindeutig determiniert, in weiten Teilen der Öffentlichkeit – und offenbar auch Teilen der Sozialwissenschaften – fest verankert. Dem mögen auch ForscherInnen mit Meldungen über die Entdeckung des „Gens für“ dies oder jenes Vorschub leisten, andererseits entspricht dies aber auch einem essentialistischen Verständnis von der Natur eines Lebewesens, mit dem wohl auch derartige Meldungen im Alltagsverständnis verarbeitet werden. Allerdings ist es für eine Nicht-Fachöffentlichkeit relativ belanglos, was ein Gen „in Wirklichkeit“ ist – das Interesse richtet sich in erster Linie auf den zu erwartenden Nutzen, auf Risiken oder moralische Implikationen, gerade für Gruppen, die mit den Auswirkungen der Genomforschung (zumindest am Rande) zu tun haben. Diese Befunde erlaubten einige vorsichtige Vorschläge für eine realistischere Kommunikation.

Wie Gene Eigenschaften determinieren ist aber auch aus der Perspektive des Datenschutzes interessant; immerhin erlauben nach einem verbreiteten Verständnis Daten über Gensequenzen Aussagen über Personen. Solange aber nicht klar ist, wie eindeutig Zuordnungen möglich sind, sollte der Datenschutz dem Vorsorgeprinzip folgen.

epub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/d2-2c16.pdf

Helge Torgersen

Technische Ausbildung zwischen lokalem Engagement und globaler Verantwortung

Ein aktuelles Buchprojekt am ITA thematisiert gesellschaftliche Anforderungen an die Gestaltung technischer Innovationen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung und leitet Schlussfolgerungen für die technische Ausbildung von IngenieurInnen ab.

Ziel dieses laufenden Projekts ist es, die Wirkung einer nachhaltigen Entwicklung auf die technische Ausbildung zu analysieren. Anhand der empirisch begründeten Grundannahme, dass Unsicherheiten bezüglich der Auswirkungen technischer Innovationen immer bestehen, wurden u. a. folgende Fragen untersucht:

- Wie kann technische Innovation im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung integriert werden? (Als normative Basis wurden lokales Engagement und globale Verantwortung angenommen.)
- Welcher Reformbedarf ist für Lehre und Praxis von IngenieurInnen explizit vorhanden?
- Welche persönlichen Fähigkeiten und beruflichen Kenntnisse sind aus Sicht der IngenieurInnen zur Bewältigung dieser Anforderungen notwendig (z. B. um Technik als sozialen Prozess zu verstehen)?

Da der relevante Themenkatalog aus verschiedener Themenfeldern und konkreten Fragen besteht, die stark zusammenhängen, wurde analog zum Konzept „problem space“ ein „issue space“ für die Analyse entwickelt. Durch das Konzept eines „issue space“ werden verschiedene Schnittstellen zwischen gesellschaftlichen Anforderungen an IngenieurInnen, ihrer technischen Ausbildung und neuen Forschungsfragen sichtbar.

Ziel des Buches ist es, ein analytisches Modell für technische Universitäten im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln, das strukturelle Reformansätze der technischen Ausbildung sowohl in der Lehre als auch in der Forschung und Organisation systematisch sichtbar machen kann. In diesem Modell werden folgende Kategorien berücksichtigt: „Akteure und deren Fähigkeiten“, „Aktivitäten und deren Auswirkungen“, „Folgenabschätzungsaktivitäten“, „Organisationen und deren Schnittstellen“, „Netzwerke“, „Ressourcen“, „Strategien, Leitbilder und Interessen“, „Probleme, Risiken und Handlungsbedarf“. Jede dieser Kategorien kann wiederum in Subkategorien unterteilt werden. Damit wird eine fallspezifische Systematisierung erleichtert.

www.oeaw.ac.at/ita/ebene4/d2-2d31.htm

Mahshid Sotoudeh

Open Access auf dem Vormarsch

Am 15. und 16. Februar 2007 diskutierten in Brüssel eine hochrangige Konferenz die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens im Europäischen Forschungsraum. Grundtenor: Es wird nicht mehr das Ob, sondern nur mehr das Wie des Übergangs zu Open Access diskutiert.

Im Jänner 2006 kam eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene ökonomische Studie nach einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung

des Marktes für wissenschaftliche Veröffentlichungen zu eindeutigen Empfehlungen: Der Zugang zu öffentlich finanzierten Forschungsergebnissen solle nach dem Open-Access-Prinzip (also gratis und ohne Nutzungsbeschränkungen) kurz nach Erscheinen jeder Publikation garantiert werden. Welches „Business Model“ am besten geeignet wäre, dies sicherzustellen, sei noch in der Praxis zu testen, aber am Prinzip solle nicht gerüttelt werden. Anfang 2007 hat nun die EU-Kommission darauf reagiert und ihre Mitteilung „über wissenschaftli-

che Informationen im Digitalzeitalter: Zugang, Verbreitung und Bewahrung“ vorgelegt. Darin wird unter anderem empfohlen, dass Publikationen, die aus Projekten stammen, die unter dem 7. Rahmenprogramm finanziert werden, unter das Open-Access-Regime gestellt werden sollen. Wenn dazu, wie in vielen Fällen, von den AutorInnen bzw. deren Institutionen Kostenbeiträge zu leisten sind (so genannte „author charges“), so werden diese als Projektkosten anrechenbar sein. Ein erster Schritt also in Richtung Open Access auf EU-Ebene.

Die Forschungscommunity will hingegen mehr. Dies wurde Anfang des Jahres eindrucksvoll in einer von über 22.000 ForscherInnen und Institutionen europaweit unterzeichneten Petition an den zuständigen Forschungskommissar gefordert. Dort ist davon die Rede, dass die Empfehlung der oben erwähnten ökonomischen Studie voll umgesetzt werde, sprich, dass es eine Verpflichtung und nicht bloß eine Empfehlung geben soll, öffentlich finanzierte Forschung offen zugänglich zu machen. Einzelne Forschungsfördereinrichtungen, wie etwa die deutsche DFG, der britische Wellcome Trust oder auch der österreichische FWF, sind da schon ein Stück weiter.

Auch die 2003 von der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) initiierte Berliner Erklärung „über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ hat zuletzt kräftige Lebenszeichen von sich gegeben. Mittlerweile haben bereits 226 Institutionen unterzeichnet, Anfang Februar praktisch alle Universitäten und Forschungseinrichtungen Belgiens.

Mitte Februar fand nun eine äußerst gut besuchte Konferenz in Brüssel statt, die die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens zum Thema hatte. Alle mit Rang und Namen in der europäischen Forschungsszene wie auch auf politischer und Verlegerseite waren gekommen. Sowohl der Forschungskommissar als auch die für die Informationsgesellschaft zuständige Kommissarin hielten Reden, VertreterInnen der großen kommerziellen Verlage (Elsevier, Springer,

Blackwell) waren ebenso unter den Vortragenden, wie jene der Universitätsverlage, der Fördereinrichtungen und der Forschungseinrichtungen (z. B. MPG, CERN). Trotz einer kurz davor veröffentlichten „Brussels Declaration“ einiger großer Verlage, die Vorbehalte gegen das Open-Access-Paradigma anmeldeten, war der Grundtenor der Konferenz eindeutig pro Open Access. Es wurde nicht diskutiert, wie das bisherige, offensichtlich nicht befriedigend funktionierende System erhalten werden könnte, sondern wie, d. h. unter welchen finanziellen Bedingungen es mit Open Access kompatibel gemacht werden könnte. Der Trend geht in drei Richtungen: Einerseits werden wohl die Forschungsfördereinrichtungen einen Teil der Kosten für die Publikation übernehmen, um die traditionellen Verlage dazu zu bringen, die Veröffentlichungen frei zugänglich zu machen; andererseits sollen neue Zeitschriften gegründet werden, die von Anfang an als Open-Access-Journale konzipiert werden (erfolgreiche Beispiele dafür gibt es bereits); schließlich wird die so genannte „Selbstarchivierung“ empfohlen, also die Hinterlegung jeder Publikation durch die AutorInnen bzw. deren Institutionen in institutionelle, offen zugängliche Archive („Repositories“).

Fazit: Die Diskussion ist auf höchster politischer Ebene angekommen. Der Übergang zu einem wissenschaftlichen Veröffentlichungswesen, das die Wissenschaft nicht in ihrer Arbeit behindert und der Öffentlichkeit ungehindert Zugang zu den von ihr finanzierten Forschungsergebnissen gewährt, wird zwar noch ein wenig dauern, am Ziel haben mittlerweile jedoch nur mehr wenige Akteure Zweifel.

ec.europa.eu/research/science-society/pdf/scientific-publication-study_en.pdf

www.ec-petition.eu

www.fwf.ac.at/de/public_relations/oai

oa.mpg.de

Michael Nentwich

Science and Technology for Sustainable Well-Being

2007 AAAS Annual Meeting, 15.-19.2.2007, San Francisco

Die Jahrestagung der American Association for the Advancement of Science (AAAS), der größten allgemeinen wissenschaftlichen Vereinigung der USA (und der Welt), stand diesmal unter dem Zeichen von Nachhaltigkeit und Gemeinwohl.

Insbesondere Ausmaß und Bewältigung des Klimawandels, die zukünftige Energieversorgung, aber auch die Meeresforschung und die IT- und Nanotechnologie bildeten einige der Schwerpunkte einer Riesenkonferenz über vier Tage, die nicht nur in 14 Plenarvorträgen, sondern vor allem in über 170 Symposien, zahlreichen Workshops, Sektionssitzungen und anderen Aktivitäten eine fast unübersehbare Vielzahl von Themen behandelte.

Traditionell dient die Jahrestagung der AAAS der Begegnung von Wissenschaft und Gesellschaft; entsprechend spielten Themen von allgemeinerem Interesse wie etwa die Zukunft der Energieversorgung, die Möglichkeiten einer nachhaltigen Nanotechnologie, die Gestaltung von stabilen sozial-ökologischen Systemen oder die „soziale Transformation“ von Krebs im Zeitalter der Biomedizin eine große Rolle, um nur einige Themen der Plenarvorträge zu anzuführen. Einer der bemerkenswertesten Schwerpunkte beschäftigte sich mit neuen Erkenntnissen in der Hirnforschung und möglichen sozialen Implikationen. Relativ wenig prominent im Vergleich zu früheren Jahrestagungen war hingegen der Beitrag der Sicherheitsforschung.

Der Wert derartiger unspezifischer wissenschaftlicher Mammut-Veranstaltungen mag hierzulande angezweifelt werden; im US-amerikanischen Kontext ergibt sich aber damit die Möglichkeit, aktuelle Entwicklungen aus sehr un-

terschiedlichen Natur- und Sozialwissenschaften in allgemein verständlicher Art und Weise kennen zu lernen und ihre möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen zu diskutieren, wovon die zahlreich erschienenen Journalistinnen auch eifrig Gebrauch machten. Es geht dabei nicht bloß um eine Leistungsschau der (Natur-)Wissenschaften und die Darstellung von „schönen neuen Welten“, die aus deren Erkenntnissen erwachsen würden, sondern es gab auch durchaus kritische Stimmen, die etwa die Maximen der bisherigen amerikanischen Forschungsförderung (nationale Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit) im Zeitalter der Globalisierung in Zweifel zogen. Überhaupt ließ sich ein gewisser kritischer Unterton gegenüber manchen Aspekten des derzeitigen politischen Mainstreams nicht verbergen, der sich wohl auch sichtbar in der Wahl des Leit-Themas niedergeschlagen hatte. Neben der Diskussion von einigen in den USA nicht unumstrittenen Fragen des Klimawandels stand insbesondere ein politisch unterstützter religiöser Fundamentalismus im Kreuzfeuer der Kritik, der sich etwa in der Ablehnung der Evolutionstheorie manifestiert und dessen Ausläufer im Übrigen auch in Europa identifiziert wurden.

Das ITA beteiligte sich an einem halbtägigen Symposium über die öffentliche Wahrnehmung von Bio- und Nanotechnologie, die von einem Mitglied des ehemaligen LSES-Projekts¹ organisiert worden war und in deren Mittelpunkt die Ergebnisse der 2006 publizierten jüngsten einschlägigen Eurobarometer-Studie standen.

www.aaas.org/meetings/Annual_Meeting/

¹ Life Science in European Society (LSES), EU-Projekt im 5. Rahmenprogramm

Helge Torgersen

Forcierte Nutzerorientierung für e-Government auf EU-Ebene?

Bisherige Forschungsergebnisse lassen eine stärker nachfrage- und nutzungsorientierte Ausrichtung von e-Government geboten erscheinen. Welche neuen Akzente setzt die EU-Kommission bei der Konkretisierung des E-Government-Aktionsplans bis 2010?

Mit dem 2006 herausgegebenen Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik bekräftigte die Europäische Kommission die Forcierung eines neuen Politikstils, den sie zum Teil bereits mit dem Weißbuch über Europäisches Regieren auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Unter dem Motto „Die Kluft überbrücken“ zielt das jüngste Dokument auf die Verringerung der Kluft zwischen der Europäischen Union und den BürgerInnen. Im Rahmen einer neuen Kommunikationspolitik sollen die Kontakte zwischen den BürgerInnen und öffentlichen Einrichtungen, die Einbindung in politische Entscheidungsfindung, die Intensivierung von Diskussion und Dialog gefördert und die EU-Institutionen serviceorientierter, offener und zugänglicher gestaltet werden. E-Government könnte dazu wesentliche Beiträge liefern und gleichzeitig einen Testfall abgeben.

Der e-Government-Aktionsplan im Rahmen der i2010-Initiative¹ aus 2006 nennt fünf Hauptziele und konkrete Zielsetzungen für 2010:

- Kein Bürger bleibt zurück – Dienstzugang für alle
- Echte Effizienz und Effektivität (wirkungsbezogene Messung elektronischer Behördendienste)
- Einführung von Onlinediensten mit hoher Wirkung für Bürger und Unternehmen (insb. im Bereich öffentlicher Beschaffung)
- Schaffung von Schlüsselvoraussetzungen (europaweit einfacher, sicherer, interoperabler und authentifizierter Zugang)
- Stärkung der Bürgerbeteiligung und der demokratischen Entscheidungsprozesse.

Neben sozialer Inklusion und Effizienz werden somit Wirkung bzw. Nutzen für BürgerInnen und UnternehmerInnen sowie elektronisches Identitätsmanagement und verstärkte Partizipa-

tion zu prioritären Zielen erklärt. Diese Programmatik im Bereich e-Government unterstützt zum einen die allgemeine Kursänderung im Politikstil, zum anderen trägt sie teilweise auch der geforderten Nutzerzentrierung Rechnung. Sieht man sich die jüngsten Aktivitäten zur weiteren Konkretisierung und Umsetzung an, finden sich auf verschiedenen Ebenen zusätzliche Anzeichen:

Dazu zählen diverse Konsultations- und Deliberationsangebote (etwa zur zukünftigen e-Government-Politik) und die Förderung von Forschung zum Thema e-Partizipation (u. a. im Bereich von Gesetzwerdungsprozessen oder mit dem Exzellenznetzwerk DEMO-net). Weiters wurden zum e-Government-Aktionsplan bereits genauere Maßnahmenfahrpläne für die Bereiche Inklusion, elektronisches Identitätsmanagement und elektronisches Beschaffungswesen ausformuliert. Darüber hinaus wurde eine differenziertere Messung der e-Government-Nutzung durch BürgerInnen und UnternehmerInnen mittels Umfragen im Rahmen von Eurostat eingeführt. Schließlich ist nicht zuletzt die Entwicklung neuer Konzepte für die Benchmarking-Aktivitäten der EU-Kommission Ausdruck einer gewissen Kursänderung.² Dies betrifft zum einen die Revision der bisherigen Fortschrittsmessung zu 20 elektronischen Basisdiensten. Die bisher rein angebotszentrierte Messung wird in Zukunft durch den Einbau nutzerzentrierter Indikatoren ergänzt; die Ausgestaltung im Detail ist gegenwärtig in der Finalisierungsphase. Ein anderes Konkretisierungsvorhaben betrifft Messinstrumente zur Erfassung des öffentlichen Nutzens von e-Government.

Auf Ebene einzelner Staaten sind zum Teil ähnliche Akzentverlagerungen in Richtung verstärkter Wahrnehmung von nachfrageseitigen Anliegen und partizipativer Praxis zu erkennen. So betont ein Strategiepapier für Großbritannien an erster Stelle „Services enabled by IT must be designed around the citizen or business“³; ebenso zeigt das britische Beispiel eine starke Belebung von elektronischen Konsultationen und Diskussionsangeboten zu unterschiedlichsten Politikfeldern.

Ein stärker nutzer- und partizipationsorientiertes Modell von e-Government scheint somit an Boden zu gewinnen. Wie nachhaltig sich diese Tendenzen zu einer Reorientierung der Politik in der Praxis im Einzelnen niederschlagen werden, bleibt abzuwarten.

- ¹ eurlex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2006/com2006_0173en01.pdf
- ² ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment_research/doc/e_e_%202007_2010.pdf
- ³ Cabinet Office (2005): Transformational Government Enabled by Technology, London, S. 7.

Georg Aichholzer

Folgenabschätzung für Rechtsvorschriften

Ist die EU-Rechtssetzung relevant, einfach, ausgeglichen und effizient? Eine Studie für die EU gab Antworten und wurde am 15.1.2007 in Brüssel diskutiert.

Alle drei Organe der EU, der Rat, die Kommission und das Parlament haben sich ab 2003 zur besseren Rechtssetzung verpflichtet, um Ziele der Lisabonstrategie zügig zu erreichen¹. Rechtsvorschriften müssen auf Relevanz, Einfachheit und Effizienz überprüft werden. Dabei wird grundsätzlich zwischen Verordnungen und Richtlinien unterschieden. Die Vereinfachung von Verordnungen wird vom Parlament begrüßt, während Richtlinien nur in Ausnahmefällen vereinfacht werden sollen. Diese Vereinfachungen sind keine Deregulierungsmaßnahmen sondern sollen der Steigerung der Effizienz dienen. Auch von Impact Assessment Verfahren wird verlangt, effizient, einfach und ausgeglichen zu sein und wichtige soziale, ökonomische, und Umweltaspekte in Betracht zu ziehen.

Das Europäische Parlament verlangt volle Transparenz von Konsultation der Vertreter der Mitgliedsstaaten bis hin zum Rechtssetzungsprozess selbst. Das gesamte Verfahren soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Am 15. Jänner 2007 wurde von DG Environment in Brüssel zu dem Thema „Verbesserung der Umweltabschätzung in Folgenabschätzungsverfahren“ ein Workshop organisiert. Dabei wurden die Ergebnisse der gleichnamigen Studie von Ecologic präsentiert und diskutiert. Ziel war es, alle relevanten InteressentInnengruppen wie PraktikerInnen und ExpertInnen der EU und der Mitgliedsstaaten, die sich mit Fol-

genabschätzungsverfahren befassen, zusammen zu bringen, um ihre Erfahrungen und Sichtweisen, wie Umweltbelange besser in die Verfahren integriert werden können, auszutauschen. DiskussionsteilnehmerInnen haben auf organisatorische Probleme hingewiesen, die für eine umfassende Folgenabschätzung existieren. Derzeit wird eine neue Rechtsvorschrift standardmäßig nur einer ökonomischen Kosten-/Nutzen-Analyse unterzogen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung würde hingegen qualitative Aspekte beinhalten, die nicht monetisiert werden können. Außerdem zeigt die Studie, dass Umweltauswirkungen von Rechtsvorschriften oft nur durch intensive Beobachtung und genaue Analyse sichtbar werden. Schwierig gestaltet sich u. a. die Aufgabe, eine Beteiligung aller betroffenen AkteurInnen zu erreichen. Die Bewusstseinsbildung für eine „Folgenabschätzungskultur“ sowie die Klärung der Verantwortlichkeiten sind aus Sicht von ExpertInnen entscheidend für den Erfolg einer integrativen Folgenabschätzung. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit der Folgenabschätzung von Maßnahmenpaketen hingewiesen, da u. a. die Relevanz der einzelnen Rechtsvorschriften bezüglich ihrer sozialen, wirtschaftlichen und Umweltauswirkungen abhängig von anderen Rechtsvorschriften ist.

„Improving Assessment of the Environment in Impact Assessment“:

www.ecologic-events.de/eu-impact-assessment/en/index.htm

ec.europa.eu/governance/impact/docs/SEC2005_791_IA%20guidelines_annexes.pdf

¹ (Com (2002)/276, SEC(2005) 791)

Mahshid Sotoudeh

Was kann und darf die Genforschung in der Medizin?

Unter diesem Titel veranstaltete der Verein dialog<>gentech Ende Februar eine Dialogveranstaltung in der TU Wien. Eine überzeugende Beantwortung der Leitfrage erwartete niemand. Den Veranstalter war vielmehr daran gelegen, ein Forum für alle Interessierten zur Verfügung zu stellen, das als Ausgangspunkt für weitere Projekte und Initiativen dienen kann.

Die eintägige Veranstaltung war im Format einer Open-Space-Konferenz aufgesetzt. Der Grundgedanke lautet, dass sich ein Engagement der Beteiligten in erster Linie durch eine selbstbestimmte Auswahl der Themen und Dialogpartner erreichen lässt. Das erste Gebot lautet daher: „Geh' zu jenem Workshop bzw. der Arbeitsgruppe, die für Dich im Moment am interessantesten erscheint!“ Diese Einladung zum „Flanieren“ und „Debatten-Hopping“ macht nur Sinn, weil im Rahmen des Open Space parallel mehrere Workshop-Gruppen angeboten werden. Die Themen geben sich die TeilnehmerInnen selbst, und zwar im Plenum. Dort werden zunächst alle Fragestellungen und Diskussionsanregungen gesammelt. Anschließend werden sie auf die einzelnen Workshops verteilt. Im Prechtl-Saal der TU Wien, dem Ort dieses Dialog-Experiments, wurden zehn Parallel-Workshops in zwei Runden durchgeführt. Themen waren z. B. die Präimplantationsdiagnostik, das Problem selektiver Abtreibung nach Pränataldiagnostik, das Recht auf Nichtwissen und der Umgang mit kulturellen und weltanschaulichen Differenzen in der genetischen Beratung oder der Datenschutz. Die Ergebnisse der Workshops wurden abschließend durch kurze Präsentationen in das Plenum zurückgespielt. Das inhaltliche Ziel bestand darin, eine Gewichtung der Themen durch die TeilnehmerInnen zu erhalten („Top-Themen“) und einen diesbezüglichen Bericht an das mitfinanzierende BMBWK zurück zu spielen, um möglicherweise weitere Dialogveranstaltungen zu initiieren.

Den Auftakt bildete eine Impulsdiskussion mit vier geladenen ExpertInnen aus Genforschung (M. Hengstschläger), Selbsthilfe-Initiative (R. Riedl), Pharma-Industrie (A. v. Gabain) und Wis-

senschaftsforschung (U. Felt). Das anschließende Niveau der Debatten- und Themenbeiträge aus dem Publikum stand zunächst noch unter dem Eindruck des ExpertInnenimpuls. Unter den rund 80 Anwesenden waren VertreterInnen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und Studierenden in der deutlichen Mehrzahl. Immerhin war jedoch auch eine Reihe jener Menschen anwesend, auf deren Mobilisierung solche Beteiligungsexperimente abzielen: interessierte Laien.

Anders als zu Zeiten der Kontroverse um die Kernenergie geht es heute in Fragen der medizinischen Gentechnik nicht darum, Beteiligungsforderungen zu kanalisieren; das Ziel besteht vielmehr darin, eine bislang weitgehend unbeteiligte Öffentlichkeit für dieses Thema zu gewinnen. Nicht zuletzt deshalb sind derartige Beteiligungsexperimente heute gern gesehen, von GenforscherInnen wie PolitikerInnen.

Dass derartige Dialogverfahren (wie z. B. auch BürgerInnen-Konferenzen) insbesondere zur medizinischen Gentechnik und Biomedizin durchgeführt werden, ist auch kein Zufall. Diese Themen liegen quer zum etablierten politischen Koordinatensystem von „links“ und „rechts“. Es geht also darum, solche Themen erst einmal zu „framen“ (s. den Beitrag von A. Degelsegger in diesem Heft), um sie politisch handhabbar zu machen.

Gegenüber anderen Dialogverfahren zeichnet sich die Methode des Open Space durch demonstrative Bescheidenheit aus. Man kann derartige Partizipations-Foren als Test verstehen, ob überhaupt Interesse an einer partizipatorischen Behandlung des Themas besteht. Ziel ist eben nicht das gemeinsame Abfassen einer Stellungnahme mit der Perspektive auf Beratung der Politik (das wäre angesichts der TeilnehmerInnen-Anzahl auch schlecht möglich). Es geht lediglich um die Organisation eines „Marktplatzes“, den die BesucherInnen in vielfältiger Weise nutzen können. Ob letztlich daraus tatsächlich längerfristige Projekte und Netzwerke erwachsen oder ob nicht doch der gesprächstherapeutische Aspekt der Workshops überwiegt, ist heute noch nicht abschätzbar.

Alexander Bogner

Publikationen der letzten 3 Monate

Referierte Artikel

Bogner, A., Menz, W., 2006, *Science crime. The Korean cloning scandal and the role of ethics*. In: *Science and Public Policy* 33, 601-612.

Artikel/Buchbeiträge

Hampel, J., Grabner, P., Torgersen, H., Boy, D., Allansdottir, A., Jelsoe, E., Sakellaris S., 2006, *Policy Shift and Public Mobilisation in Agricultural Biotechnology*, in: Gaskell, G. und Bauer, M. (Hg.): *Genomics: Ethical, Legal and Social Dimensions*, London: Earthscan.

Just, N., Latzer, M., Saurwein, F., 2007, *Communications Governance: Entscheidungshilfe für die Wahl des Regulierungsarrangements am Beispiel Spam*, in: Donges, P., (Hg.), *Von der Medienpolitik zur Media Governance?*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 103-126.

Latzer, M., 2007, *Unordnung durch Konvergenz – Ordnung durch Mediamatikpolitik*, in: Jarren, O., Donges, P., (Hg.), *Ordnung durch Medienpolitik?*, Konstanz: UVK, 147-167.

Forschungsberichte

Bogner, A., Cserer, A., Gaszò, A., Jonas, S., Konta, B., Kronberger, N., Peissl, W., Ratzer, B., Schmidt, M., Schneider-Voß, S., Torgersen, H., Tumpej, M., Wagner, W., *Post-Genomics and Complexity (POCO) – The Post-Genomic Era: How does increasing complexity change the debate on genetics?* GEN-AU/ELSA project final report (not yet approved for free circulation by the grant giving agency).

Gaskell, G., Stares, S., Allansdottir, A., Allum, N., Corchero, C., Fischler, C., Hampel, J., Jackson, J., Kronberger, N., Mejlgaard, N., Revuelta, G., Schreiner, C., Torgersen, H., Wagner, W., 2006, *Europeans and Biotechnology in 2005: Patterns and Trends, Final report on Eurobarometer 64.3*, A report to the European Commission's Directorate-General for Research, Brussels, July 2006, [<http://www.ec.europa.eu/research/press/2006/pr1906en.cfm>].

ITA, 2006, *Nanotechnologie-Begleitmaßnahmen: Stand und Implikationen für Österreich*, Endbericht 22.6., Studie im Auftrag des BMVIT, [<http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/d2-2e17.pdf>].

Kubicek, H., Lippa, B., Westholm, H., Aichholzer, G., Winkler, R. et al., 2006, *DEMO-net: Deliverable 6.1*, Report on state of the art approaches, relevant disciplines, key researchers and socio-technical research issues, Bremen: ifib – Institut für Informationsmanagement.

Rathkolb, O., Friehs, N., Öhner, V., Wirth, M., Nentwich, M., Blocher, W., Wiebe, A. und Trybus, P., 2006, *Creative Access. Digital Archives Between Open Knowledge Society and Commodification in Vienna*, Endbericht November 2006, Studie im Auftrag des Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds, Wien: Demokratiezentrum Wien, [<http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/d2-2a38-1.pdf>] [<http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/d2-2a38-2.pdf>].

Schidler, S., Sotoudeh, M., Stromberg, D., Fortkamp, U., Norrman, J., Krutzler, T., Frischenschlager, H., Schindler, I., Montalvo, C., Kemp, R. and Willems, M., 2006, *Performance Targets in Production Processes*, Final report May 2006, Vienna: Institut of Technology Assessment, Austrian Academy of Sciences. (From IPTS not yet approved for public use.).

Konferenzbeiträge/Vorträge

Aichholzer, G., 2006, *Current activities of DE-MO-net*, Council of Europe Ad hoc Committee on e-democracy (CAHDE) IWG Meeting, Federal Ministry of Foreign Affairs, 13-14 December, Vienna.

Bogner, A., 2006, *Ethisierung und globale Technik – der Fall des koreanischen Stammzell-Stars Hwang*, Vortrag auf der zweiten NTA-Tagung „Technology Assessment in der Weltgesellschaft“, 23. November, Berlin.

Čas, J., 2006, *Reassuring habitats – rearrested inhabitants?*, Technologieforum Alpbach: Komplexität, Konvergenz, Gewissheit – Der Prozess von der Wissenschaft zur Technologie, 25. August, Alpbach.

Čas, J., *Öffentlich-rechtliche Register – Grenzen und Chancen einer wissensbasierten Gesellschaft*, Austriapro Expertentag 2006, 31. Mai, Wien.

Kastenhofer, K., 2007, *The epistemic culture of molecular biology and the unknown: A case study on expert advice within risk assessment of agrobiotechnology*, Vortrag auf der Konferenz „Governing Genomics. Interdisciplinary Perspectives on the Regulation of the Biosciences“ an der Universität Exeter, 25 January, Exeter Debating converging technologies – the biotech struggle revisited? European Commission's expert meeting on Eurobarometer 64. January, Brussels 11-12 January 2007.

Latzer, M., 2006, *Multilevel-Governance in lokalen Mediamatik-Sektoren*, NTA2 – Konferenz des Netzwerks TA: Technology Assessment in der Weltgesellschaft, 22.-24. November, Berlin.

Nentwich, M., 2007, *Statement to the Panel on 'Scientific publication business models; access and dissemination strategies', Scientific Publishing in the European Research Area. Access, Dissemination and Preservation in the Digital Age*. Conference organised by the European Commission, 15-16 February, Brussels.

Nentwich, M., 2006, *Partizipative Technikfolgenabschätzung. Perspektiven am Institut für Technikfolgen-Abschätzung in Wien*, Kolloquium des Graduiertenkollegs des Instituts für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Bielefeld, 19. Juni, Bielefeld.

Nentwich, M., 2006, *Innovatives wissenschaftliches Publizieren*, Round Table „Wissenschaftliches Publizieren – Innovative Wege und Möglichkeiten“, Institut für Höhere Studien, Abteilung Politikwissenschaften, 11. Dezember, Wien.

Peissl, W., 2006, *PRISE – Ein erfolgreiches PASR Projekte mit österreichischer Beteiligung*, Europäische Sicherheitsforschung, Thematische Auftaktkonferenz zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, Wirtschaftskammer Österreich, 19. Dezember, Wien.

Peissl, W., 2006, *Privacy – Ein grenzüberschreitendes Phänomen und seine Behandlung im Kontext internationaler Technikfolgenabschätzung*. Vortrag auf der NTA2, 24. November, Berlin.

Peissl, W., 2006, *ICT and Privacy in Europe: Das erste gemeinsame TA-Projekt im Rahmen von EPTA*. Vorstellung im Rahmen des TA-SWISS ParlamentarierInnen Anlasses, 12. Dezember, Bern.

Peissl, W., 2006, *Gesundheitsinformationssysteme und Datenschutz – Widerspruch oder Synergie?* Vortrag im Rahmen der Ring-Vorlesung Ethik und Technik an der FH Joanneum, 11. Dezember, Graz.

Szednyj, I., Sotoudeh, M., 2006, *Bericht zur Umwelttechnologiedatenbank*, 6. Sitzung des Fachbeirates Umwelttechnologien, 8. März, Wien.

Torgersen, H., *Nanotechnologie und Öffentlichkeit*, Tagung „Nanowissenschaften und Nanotechnologien in Österreich“ der Österreichischen NANO Initiative, Salzburg 22. Mai 2006.

Sonstiges/Kurzbeiträge

Falkner, G., Nentwich, M. und Scherhauser, P., 2007, *The Living Reviews in European Governance: An attractive prospective in the future of publishing in the social sciences*, Connex Newsletter, 4 (January/February), 4-6, [<http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/typo3/site/fileadmin/newsletter/4th-newsletter.pdf>].

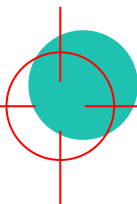
Raab, Christina, 2006, *Erprobte Innovationen aus dem Patentamt „Natur“*. InnovationSpirit Nr. 8 (Oktober), 12.

Torgersen, H., 2006, *Gentechnik – Fluch oder Segen?* In: Ackerl, I., Lehner, J., Sachslehner, J. (Hrsg.), *WISSEN! Antworten auf die großen Fragen unseres Lebens*, Graz: Styria.

Aktuelle Buchpublikationen des ITA

- Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive.*
Langenbacher W., Latzer M. (Hg.),
2006, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive.*
Langenbacher W., Latzer M. (Hg.)
2006, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. 4. Ergänzungslieferung Mai 2006*
Nentwich M., (Hg.), Kerstin Arbter K.,(Bearbeiterin)
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Leitfaden Partizipativer Verfahren. Ein Handbuch für die Praxis.*
Steyaert S., Lisoir H., Nentwich M. (Hg.)
2006, Flemish Institute for Science and Technology Assessment,
König-Baudouin-Stiftung, Institut für Technikfolgen-Abschätzung:
Brüssel/Wien
- Technikfolgenabschätzung in der österreichischen Praxis.*
Festschrift für Gunther Tichy.
Nentwich M., Peissl W. (Hg.)
2005, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Wien
- Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik.*
Bogner A., Torgersen H. (Hg.)
2005, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Grenzpolitik der Experten. Vom Umgang mit Ungewissheit und Nichtwissen in pränataler Diagnostik und Beratung.*
Bogner A.
2005, Verlag Velbrück Wissenschaft: Weilerswist

Nähere Informationen unter: <http://www.oecaw.ac.at/ita/books.htm>



ITA-Seminar: 18. April 2007, 16:00–18:00 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Andreas Wiebe

Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Bürgerliches Recht,
Handels- und Wertpapierrecht, Abteilung für Informationsrecht
und Immaterialgüterrecht

„Datenbankrecht“

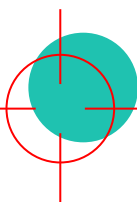
Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



ITA-Seminar: 18. Mai 2007, 16:00–18:00 Uhr

Univ.-Prof. Dr. Guenther Virt

Institut für Moralthologie, Universität Wien (ktf)

„Ethik und Technikfolgenabschätzung am Beispiel Stammzellen und Nanomedizin“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

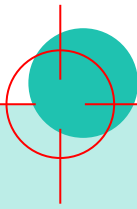
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG





Konferenz: 4. Juni 2007, 9:30–18:00 Uhr

TA´07

Technikfolgenabschätzung zwischen Inter- und Transdisziplinarität

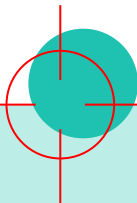
Siebente internationale TA-Konferenz

Österreichische Akademie der Wissenschaften
A-1010 Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2,
<http://www.oeaw.ac.at/ita/ta07/>



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



Konferenz: 5. Juni 2007, 9:00–15:00 Uhr

Jahrestreffen 2007 des deutschsprachigen Netzwerks Technikfolgenabschätzung (NTA)

Österreichische Akademie der Wissenschaften

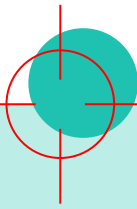
A-1010 Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2,
<http://www.netzwerk-ta.net/>



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG





Konferenz: 25. September 2007, 9:30–20:00 Uhr

Workshop und Podiumsdiskussion
Risikogovernance
der Nanotechnologien:
Der internationale Stand

Österreichische Akademie der Wissenschaften

A-1010 Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 2 und Bäckerstraße 20



OAW ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG



Die  News

werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im Allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/5/3. Stock
Tel.: +43-1-515 81/6582, Fax: +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at, <http://www.oeaw.ac.at/ita>

Leiter des Instituts:

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael NENTWICH...DW 6583.....mnent@oeaw.ac.at

Mitarbeiter:

Dr. Georg AICHHOLZER.....DW 6591aich@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Ulrike BECHTOLDDW 6593.....ubecht@oeaw.ac.at
Dipl.Soz.Dr. Alexander BOGNERDW 6595.....abogner@oeaw.ac.at
Mag. Ing. Johann ČASDW 6581jcas@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Karen KASTENHOFERDW 6580.....kkast@oeaw.ac.at
Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael LATZERDW 6592.....latzer@oeaw.ac.at
Lisa NOVARNYOVSZKYDW 6582.....lnovy@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Michael ORNETZEDER.....DW 6589.....ornetz@oeaw.ac.at
Mag. Dr. Walter PEISSL.....DW 6584.....wpeissl@oeaw.ac.at
Beate SCHLEIFERDW 6587.....tamail@oeaw.ac.at
DI Dr. Mahshid SOTOUDEHDW 6590.....msotoud@oeaw.ac.at
Sabine STEMBERGERDW 6586.....sstem@oeaw.ac.at
Dr. Helge TORGERSENDW 6588.....torg@oeaw.ac.at
Mag. Roman WINKLER.....DW 6585.....rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, abonnieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text:
„subscribe itanews Ihre@email.adresse“.

Impressum:**Medieninhaber:**

Österreichische Akademie der Wissenschaften
Juristische Person öffentlichen Rechts (BGBl 569/1921
idF BGBl I 130/2003)
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010 Wien

Herausgeber:

© Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
Strohgasse 45/5, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten.

Der ITA-Newsletter erscheint viermal jährlich und enthält Informationen über nationale und internationale Trends in der Technikfolgen-Abschätzung, ITA-Forschungsprojekte, Publikationen der ITA-MitarbeiterInnen und ITA-Veranstaltungen. Das ITA verfolgt mit diesem periodischen Medium das Ziel, wissenschaftliche Zusammenhänge zwischen Technik und Gesellschaft einem breiten LeserInnenkreis zugänglich zu machen.